

Wien, am Freitag, den 8. März 1929 Zweite Ausgabe

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 8. März 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 17 Uhr die Sitzung. Dem Gemeinderat liegen vier Dringlichkeitsanträge vor. Der Dringlichkeitsantrag des Gemeinderates Rummelhardt verlangt, die Strassenreinigung Wiens noch vor Beginn der Wiener Frühjahrsmesse voll und ganz durchzuführen und zu diesem Zweck keine Geldmittel zu scheuen. Wenn Stadtrat Richter abermals erklärt, dass er nicht imstande ist, die Strassen innerhalb dieser Zeit in ordentlichen Zustand zu versetzen, wird im gemäss Paragraph 39 der Gemeindeverfassung das Vertrauen versagt. Ein Antrag der Gemeinderäte Pfeiffer und Dr. Wagner verlangt, unverzüglich mit dem Präsidium der Bundespolizei das Einvernehmen zu pflegen, um eine zweckmässige Abgrenzung des Wirkungsbereiches der Bundespolizei und jenes der Wiener Gemeindegewache zu erreichen. Gemeinderat Holaubek hat den Antrag eingebracht, in sinngemässer Anwendung und Durchführung des Gemeinderatsbeschlusses vom 11. Juni 1919 den Hausbesorgern für die Reinigung und Bestreuung der Gehsteige in der Zeit vom 1. November bis 31. März eine Entschädigung von 70 Schilling für ein Mittelhaus mit einer Gassenfront, von 140 Schilling für ein Eckhaus oder Mittelhaus mit zwei Gassenfronten und von 210 Schilling für ein Haus mit drei oder mehreren Gassenfronten zu gewähren. Dieser Beschluss soll rückwirkend mit 1. November 1928 in Kraft treten. Der vierte Dringlichkeitsantrag schliesslich beschäftigt sich mit dem Kohlenbergbau Neufeld. Gemeinderat Scholz verlangt, dass dem Gemeinderat über die Lage im Kohlenbergbau Neufeld und über die dortigen Vorkommnisse unverzüglich Bericht erstattet werde.

Bürgermeister Seitz teilt mit, dass er verfügt hat, dass der zuständige amtsführende Stadtrat sofort über die Leistungen der Strassenpflege dem Gemeinderat berichte. Im Zusammenhang damit werde auch der Dringlichkeitsantrag des Stadtrates Rummelhardt verhandelt werden.

St. R. Richter bringt nun dem Gemeinderat einen ausführlichen Bericht des städtischen Fuhrwerksbetriebes zur Kenntnis. Die Schneefälle, sagte Stadtrat Richter, begannen in dieser Winterperiode am 16. Dezember 1928 und es schneite mit einigen kurzen Unterbrechungen bis 18. Dezember. Am 2. Jänner setzte ein bis in die Nachmittagsstunden dauernder ausserordentlich starker Schneefall ein. Darauf folgte eine Frostperiode bis zum

23. Jänner und am 24. Jänner trat ein neuerlicher Schneefall auf, der bis zum 26. Jänner dauerte. Dann folgte wieder die anhaltende Frostperiode mit Kälte Temperaturen wie sie in Wien seit Jahrzehnten nicht erreicht wurden. Am 13. und 14. Jänner schneite es abermals, es folgte wieder eine Frostperiode und in der Nacht vom 26. auf den 27. Februar folgte ein neuerlicher Schneefall; ebenso am 28. Februar. Dabei gab es keinerlei Tauwetter, das erst am 7. März eintrat. Nicht weniger als 14 Millionen Kubikmeter Schnee fiel auf die Wiener Strassen. Die grössten Schwierigkeiten ergaben sich bei der Abfuhr dieser Schneemassen. Anfangs Jänner war in den Kanälen noch genügend Wasser vorhanden. Die Ende Jänner aufgetretene Frostperiode bewirkte, dass die Wasserführung in den Kanälen derart minimal wurde, dass die Kanalschächte nur sehr geringe Schneemengen aufnehmen konnten. Es traten Verstopfungen auf und selbst die Verwendung von grossen Mengen von Salz konnten eine wirksame Freimachung der Einwurfschächte nicht herbeiführen. Soweit als möglich, wurde der Schnee auch in den Wienfluss und in den Donaustrom geworfen. Früher wurden grosse Schneemengen aus den verbauten Gebieten, auf freie Plätze an der Peripherie der Stadt geführt. Durch die ausgedehnte Bautätigkeit der Gemeinde ist aber der grösste Teil dieser Grundflächen diesem Zweck entzogen worden. Trotzdem konnten bis jetzt mehr als 3'5 Millionen Kubikmeter Schnee abgeführt werden. Noch niemals hat die Gemeindeverwaltung derart hohe Summen für die Beseitigung der Schneemassen aufgewendet als heuer. An Schneearbeiterlöhnen wurden rund 1,990.000 Schilling ausgegeben, dazu kommen noch 1,617.000 Schilling für Fuhrwerkskosten. Die Abfuhr des Schnees mit Lastkraftwagen verursachte rund 171.000 Schilling an Ausgaben. Die Strassenbahn hat durch den Schneefall eine Ausgabe von rund 1'5 Millionen Schilling zu verzeichnen. Insgesamt hat also der Schneefall der Gemeinde und der Strassenbahn 5'7 Millionen Schilling Ausgaben verursacht. Diese Summe wird natürlich noch durch die jetzt mit allen Mitteln durchgeführte Reinigung der Strassen eine bedeutende Erhöhung erfahren. St. R. Richter gibt zum Schlusse die Versicherung, dass alle Anstrengungen werden gemacht werden um in der kürzesten Zeit mit den Säuberungsarbeiten zu Ende zu kommen. Vielleicht gibt es einen Trost für uns, dass es anderwärts auch nicht anders geht. St. R. Speiser telegraphiert aus Berlin, dass dort das Stadtzentrum durch Tauwetter begünstigt seit 2 Tagen schneefrei ist, dass sich aber in den äusseren Bezirken Schneehaufen befinden. (Zwischenrufe bei der E. L.: GR. Merbaul Was geht uns Berlin an? GR. Hergl Haben Sie auch von der Josefstadt Telegramme bekommen?) St. R. Richter ersucht seinen Bericht zur Kenntnis zu nehmen. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit).

St. R. Rummelhardt bemerkt zunächst, dass das Präsidium habe sich die bequeme Methode zurecht gelegt, sooft ein unbequemer Dringlichkeitsantrag eingebracht werde, ihm durch einen Bericht zuvor zu kommen. Die ganze Bevölkerung weiss, dass der Bericht nicht gekommen wäre, wenn der Dringlichkeitsantrag nicht eingebracht worden wäre. Sie haben sich über die Schneesäuberung solange ausgeschwiegen, obwohl der Zustand auf den Strassen himmelschreiend war. Der Bericht des St. R. Richter kann nicht befriedigen. Die Bevölkerung will, dass endlich der Schnee und Schmutz von den Strassen Wiens wegkommt. In der Arbeiterzeitung kündigen Sie an, dass heute ein Grösskampftag gegen Schmutz und Schnee sein werde (Heiterkeit bei der E. L.) GR. Kolassa: Die Firma Tauwetter wird schon die Säuberung besorgen! Wenn selbst in der Arbeiterzeitung mit so grossen Lettern zu lesen ist, dass in den Wiener Strassen Schmutz und Schnee liegt, so zeigt das, dass wir recht haben. In diesem Artikel heisst es, dass vorausgesetzt, dass Tauwetter eintritt, die Strassen Wiens in einigen Tagen vollkommen gereinigt sein werden. (Heiterkeit bei der E. L. GR. Angermayer: Das macht der Gemeinderat von Hinterstinkenbrunn auch!) Das ist der einzige Fall, wo Sie sich auf den lieben Herrgott verlassen. Aber den Dreck in den Wiener Strassen müssen Sie sich selbst wegputzen. Es ist keine Kunst auf das Tauwetter zu warten und ein Stadtrat der sein Amt so ausübt, gehört nicht auf diesen Platz (Lebhafter Beifall bei der E. L.) Wenn man im Auto fährt, spürt man natürlich den Schmutz in den Strassen weniger, aber denken Sie an die vielen Armen, die kein Schuhwerk haben. Nicht nur unsere sondern auch ihre eigenen Bezirksvorsteher sind ins Rathaus gekommen und haben sich über den Zustand der Strassen beklagt. Man sollte sich schämen, dass das Rathaus von einem Wall von Schmutz und Kotlöchern umgeben ist. Wenn das schon im ersten Bezirk möglich ist, kann man sich vorstellen wie es in den anderen Bezirken aussieht. Beim Austriabrunnen in der Neulerchenfelderstrasse ist zum Beispiel ein Schneehaufen aufgetürmt, der von den Buben als Rodelbahn benützt wird und diese Rodelbahn mündet im Geleise der Strassenbahn. Wenn Sie nicht noch heute die Strassen reinigen und ein Unglück geschieht, so kommt das Blut auf Sie. Sie behaupten, dass 3 bis 13.000 bis 14.000 Schneeschaufler aufgenommen haben. Bitte uns zu sagen, wo diese Schneeschaufler arbeiten. Wollen Sie etwa behaupten, dass Sie kein Geld haben? Verwenden Sie das Geld lieber auf die Strassenreinigung, und nicht auf politische Agitation. Wir haben Sie zur rechten Zeit ermahnt, die Rinnsale und Kanalgitter freizumachen, Sie haben sich auf das Frostwetter ausgeübt aber eine Reihe von Hausbesorgern und von Verkäufern von Geschäften hat in der Zeit des strengsten Frostes die Kanalgitter freigemacht. Auch heute wo der Grösskampftag sein soll, sind viel zu wenig Schneeschaufler eingestellt worden.

ausserordentliche Verhältnisse bedingen ausserordentliche Massnahmen. Wenn Sie vier Millionen ausgegeben haben, müssen Sie eben acht Millionen ausgeben, um die Zustände in den Wiener Strassen zu bessern. Sie rechnen auf das kurze Gedächtnis der Wiener. Steigen Sie aus dem Automobil<sup>en</sup> aus und fahren Sie mit der Tramway, gehen Sie auf die Strasse und hören Sie was die Leute untereinander reden (GR. Bermann : Das von den Autos zu sagen, ist Demagogie. - GR. Hiess : Pfui! Das ist eine Schande! Sie sollten sich schämen so etwas zu sagen!) Es ist eine Schande für mich, dass ich in einem solchen Dreck herumgehen muss. Es sind zum grossen Teil Ihre Leute, die so schimpfen. (GR. Hiess : Kümmern Sie sich nicht um unsere Leute!) Wir müssen uns um sie kümmern, denn Sie kümmern sich nicht um sie (Beifall bei der E.L.) Schaffen Sie den Schmutz weg und es wird niemanden einfallen über Sie zu schimpfen. Bedenken Sie, dass übermorgen die Messe in Wien eröffnet wird und bedenken Sie, welches Urteil von Wien die Fremden in ihre Heimat mitnehmen. Wenn wir nur parteipolitisch denken würden, würden wir uns darüber freuen, wir tun das aber nicht, weil wir Wien zu sehr lieben. Wenn Stadtrat Richter wieder mit einem non possumus antwortet, dann soll er seine Stelle verlassen und sie jemandem überlassen, der das Amt besser versteht (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

Bürgermeister Seitz stellt fest, dass der zweite Antrag im Dringlichkeitsantrag des GR. Rummelhardt, der ein Misstrauensvotum für Stadtrat Richter enthält unzulässig ist, da es bedingte Anträge nicht gibt und da über solcher dies ein Antrag, nach § 39 der Verfassung von einem Viertel der Mitglieder des Gemeinderates gestellt werden müsste, was nicht der Fall sei. Der erste Antrag des GR. Rummelhardt stehe in Verhandlung.

St. R. Rummelhardt : Dann werde ich das nächstemal meinen Antrag unbedingt stellen.

Bürgermeister Seitz : Ich würde Sie dazu einladen.

Bezirksvorsteher des ersten Bezirkes Dr. Siegmeth (E.L.) beruft sich auf das vom St. R. Richter vorgelesene Telegramm aus Berlin und bemerkt, die Wiener würden sehr zufrieden sein, wenn nur die innere Stadt schneefrei wäre. Fast alle Strassen der Inneren Stadt befinden sich in einem bejammernswerten Zustand. Es ist richtig, dass es solche Temperaturen in Wien noch nicht gegeben hat, aber das es 8 bis 10 Tage gefroren war, das war schon da und die Bevölkerung versteht es daher nicht, dass man mit den Säuberungsarbeitern zugewartet hat, bis Tauwetter eintritt. Hätte man die Rinnsale und Strassenübergänge freigehalten, so wäre es nicht dazugekommen, dass der Schnee verkrustet und jetzt nur mit grosser Mühe freigemacht werden kann. Seit einiger Tagen ist in den Strassen der Inneren Stadt ein Bienenfleiss zu bemerken, aber nicht von Seite der Gemeindeverwaltung, sondern von Seite der

braven Hausbesorger. Der Zustand der Strassen ist so arg, dass man nur mit grossem Bangen dem Beginn der Wiener Messe entgegensehen kann. Es ist die dringendste Notwendigkeit geboten, mit diesem Zustand sofort aufzuräumen. Ebenso ist auch die Gehsteigreinigung entsprechend zu ordnen. (Beifall bei der E. L.)

GR. Preyer (E. L.) führt aus, dass die Frage der Strassenreinigung zunächst eine Geldfrage ist. Die Gemeinde muss endlich die notwendigen Gelder flüssig machen, um die Strassen nunmehr instand zu setzen. Leider ist das nicht der Fall, da die Gemeinde für die Strassenreinigung kein Geld ausgeben will. Wenn es sich aber um parteipolitische Angelegenheiten handelt, sind die notwendigen Gelder sofort zur Verfügung. Für das Amalienbad war genug Geld vorhanden und auch heute muss noch viel Geld für das Defizit aufgebraucht werden. Für nützlichere Zwecke aber ist kein Geld da. Hätten Sie in den einzelnen Bezirken Bäder errichtet, hätte das der Bevölkerung und der Arbeiterschaft viel mehr genützt, als das Luxusbad. Warum haben Sie die Gemeindegewache nicht zur Strassenreinigung herangezogen? Das Bundesheer wird überall dort benützt, wo irgendwelche katastrophale Verhältnisse eintreten. Sie wissen aber mit der Gemeindegewache nichts anzufangen. Im Nationalrat haben Sie für die Arbeitslosen eine Notstandsaktion verlangt. Dieser Antrag war eitel Demagogie. Wenn Sie für die Arbeitslosen ein Herz hätten, hätten Sie ihnen schon längst Arbeit gegeben. Uebrigens sind auch Sie an der grossen Zahl der Arbeitslosen schuld, da durch Ihre Steuerpolitik der Gewerbestand vollkommen ruiniert worden ist. Mit Ihrem Gewerbeförderungsinstitut werden Sie dem Heer der durch Sie arbeitslos gewordenen Angestellten nicht mehr helfen können. Die Arbeitslosen würden Ihnen dankbar sein, wenn Sie ihnen Arbeit geben. Wenn Sie genügend Arbeitslose bei der Strassenreinigung beschäftigt hätten, wären nicht die turmhohen Schneehaufen entstanden. Sie haben Wien in einen Zustand versetzt, der ohne Beispiel dasteht. Von Ihnen wird nur der marxistisch Denkende beschäftigt. Bei Ihnen gibt es keine Koalitionsfreiheit, keine Gesinnungsfreiheit, keine Religionsfreiheit. Sie sind die ärgsten Diktatoren, Sie haben die Demokratie geschändet, wie sie noch nie geschändet worden ist. Bei der Strassenreinigung warten Sie auf den lieben Gott und verlassen sich auf das Tauwetter. Das ist ein billiges Auskunftsmittel. Der Frühling aber will nicht erwachen und auch Stadtrat Richter nicht, der seine Pflicht voll und ganz versäumt hat, wie es in der Geschichte der Stadt Wien noch nicht vorgekommen ist. Am 19. Februar war in Linz und Salzburg kein Schneehaufen mehr zu sehen. Dort haben die Gemeindeverwaltungen ihre Pflicht erfüllt. Die Arbeiterzeitung hat heute einen Grosskampftag gegen den Schnee angekündigt, von dem ist aber leider in Wien nichts zu sehen. Das rote Wien ist längst nicht mehr, wir

haben nurmehr ein dreckiges Wien. Im Interesse des Fremdenverkehrs und der Wiener Messe muss der Riesenskandal sofort liquidiert werden. (Beifall bei der E. L.)

GR. Dr. Wagner (E. L.) stellt fest, dass der Bericht des St. R. Richter seine Charakter nach ein Versprechen ist, dessen sofortige Erfüllung dringendst erwartet wird, da der Zustand Wiens einer Grosstadt unwürdig ist. Der Redner bringt dann zur Sprache, dass gestern im Obdachlosenheim der Stadt Wien Obdachlosen, die sich nicht für die Schneereinigung meldeten, angedroht worden ist, sie werden für heute nacht nicht mehr im Obdachlosenheim aufgenommen. Das ist eine Grausamkeit unerhörter Art. Wenn tatsächlich eine solche Weisung hinausgegangen wäre, müsste sie wohl sofort zurückgenommen werden. (Beifall bei der E. L.)

GR. Rummelhardt (E. L.) erklärt, dass er auf Grund der Feststellung des Bürgermeisters, dass es keinen bedingten Antrag gebe, seinen zweiten Antrag dahin formuliere, dass dem amtsführenden Stadtrat Richter im Sinne des § 39 der Gemeindeverfassung das Vertrauen zu versagen ist. Der Antrag ist von 36 Wiener Gemeinderäten gefertigt. (Beifall bei der E. L.)

ST. R. Kunschak (E. L.) führt aus, dass der für heute angekündigte Grosskampftag gegen den Schnee nur ein Plänklergefecht ist. Heute wurden gegen 6000 Leute beschäftigt, obwohl wir in Wien eine fahrbare Strassenfläche von 12 Millionen Quadratmeter haben. Diese 6000 Leute können also mit einem Grosskampftag nichts zu tun haben. Vor einigen Wochen wurde uns gesagt, dass täglich 20.000 Leute bei der Strassenreinigung beschäftigt werden. Wenn heute nur 6000 verwendet wurden, steht das in gar keinem Verhältnis zu einem Grosskampftag. Man hat das Gefühl, als könne sich die Verwaltung nicht genug tun, um sich in den Augen der Bevölkerung lächerlich zu machen. Dass die Verhältnisse so katastrophalen Charakter annehmen konnten, ist nicht auf den strengen Winter zurückzuführen, sondern darauf, dass bei der Verwaltung nicht die entsprechende Voraussicht geübt wird. Beweis dafür ist die Strassenreinigung selbst. Der erste Schneefall war in der Sylvesternacht. Nach diesem hat man wirklich etwas von der Schneesäuberung gesehen. In wenigen Tagen waren sogar auch die Strassen in den Vororten von Schneepflügen befahren, die Schneemaden waren zusammengeschaufelt und die Rinnsale freigelegt. Es wurden auch viele fremde Fuhrwerke für die Schneeabfuhr in Anspruch genommen. Dann kamen neue Schneefälle und da hat sich die Taktik geändert. Der Schnee wurde einfach nur an die Strassenseiten geschafft. Es wurden auch nicht entsprechend viele Privatfuhrwerke aufgenommen, obwohl die Fuhrwerker viele Pferde freigehabt haben. Es wurden nur die Hauptverkehrsstrassen zur Not gereinigt, in anderen Strassen

fuhr überhaupt nur ein Schneepflug, so dass insbesondere in engen Strassen die Schneemaden bis zu zwei Meter breit wurden. Viele Gassen haben überhaupt keinen Schneepflug gesehen. Hirschstetten war zum Beispiel von aller Welt abgeschnitten, 1917 hat es auch einen grossen Schneefall gegeben, damals aber haben die städtischen Strassenbahnen alle ihre Lastwagen benützt, um den Schnee abzuführen. Heuer ist das nicht geschehen. Die Kanäle hätten viel mehr Schnee aufnehmen können, aber die Aemter haben kein Geld für die Schneeabfuhr bekommen. In Hernals ist es jetzt vielfach so, dass kein Kanalgitter frei ist und die Rinnäle in der ganzen Länge verlegt sind. Den Geschäftsleuten rinnt der Morast in die Lokale und ein Schneider musste sechsmal sein Portal waschen. Es fehlt bei der Strassenreinigung an einer guten Organisation. Heute sitzt Stadtrat Richter vor ganz Wien auf der Anklagebank. Ich bin gewiss nicht der ex officio Verteidiger dieses Stadtrates, muss aber feststellen, dass ein anderer dort hinauf gehört, nämlich Stadtrat Breitner. Er ist der Schuldige, weil er keine Mittel zur Verfügung stellt.

ST. R. Breitner: Vier Millionen Schilling!

St. R. Kunschak: Sie nützen Ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse als Bankdirektor aus und erklären einfach, dass die Kosten für die Schneesäuberung unproduktive Ausgaben sind. Man muss aber bedenken, welcher grosser Schaden dadurch der Gesundheit und der Kleidung der Menschen zugefügt wird.

Schliesslich beantragt Redner, dass der Gemeinderat einen Betrag von drei Millionen Schilling zur Durchführung der raschesten Reinigung der Strassen bewilligen möge. Das Schicksal dieses Antrages, sagt Redner, wird zeigen, ob die Mehrheit noch einen Funken ehrlicher Liebe zu der Schönheit dieser Stadt besitzt. (Beifall bei der Minderheit).

GR. Dr. Danneberg (soz. dem.): Die ungeheuren Schneefälle haben eine grosse Kalamität gebracht. Es gibt keinen Menschen, der nicht den Wunsch hätte, dass man dieser Naturkatastrophe so rasch als möglich Herr werde. Aber jeder Unvoreingenommene weiss auch, wie furchtbar schwer es ist, diese gigantische Aufgabe zu meistern. Dies zeigt sich in allen europäischen Grosstädten. So meldet der Berliner Lokalanzeiger, dass Berlins Strassen voll von Schmutz und Schlamm sind. Es ist da gar nicht schwer Kritik zu üben; sie ist da sehr billig. Wir halten den Antrag auf Bewilligung von drei Millionen Schilling für die Strassenreinigung für ganz überflüssig, weil nach den Bestimmungen unserer Verfassung diese Ausgabe ohneweiters möglich ist. Im Voranschlag waren nur 425.000 Schilling für die Schneesäuberung vorgesehen. Es wurden aber schon mehr als vier Millionen Schilling ausgegeben. Die Schneeabfuhr wird mit allen Mitteln fortgesetzt und natürlich auch die erforderlichen Summen ohne jeden

Antrag bereitgestellt, wie dies den Bestimmungen unserer Verfassung entspricht. Der Antrag, die Strassen noch vor Beginn der Messe zu reinigen, ist eine Mahnung, deren es nicht bedarf, weil alles was notwendig ist, ohnehin geschieht. Wenn die Minderheit ferner beantragt, dem Stadtrat Richter auf Grund der Verfassung das Vertrauen zu entziehen, so hat die Mehrheit, die diese Verfassungsbestimmung selbst vorgeschlagen hat, niemals geglaubt, dass eine solche Bestimmung zu einer politischen Komödie benützt werden wird. (Stürmischer Beifall bei der Mehrheit). Wir haben zu der Amtsführung des Stadtrates Richter volles Vertrauen (Neuärlicher Beifall bei den Sozialdemokraten).

St. R. Kunschak sagt, dass der Vorredner mit seiner Behauptung, dass ohnehin alles was notwendig ist zur Strassenreinigung geschieht, im Widerspruch zu dem Zustand der Wiener Strassen steht. Nach der Geschäftsordnung bedürfen Ueberschreitungen einer Budgetpost der Zustimmung des Finanzreferenten. Wir wollen aber aus der Gnaden- und Launenatmosphäre des Herrn Stadtrates Breitner diese Angelegenheit herausbringen und haben deshalb den Antrag auf Bewilligung von drei Millionen Schilling für die rascheste Reinigung der Strassen bestellt, den wir als unbedingt notwendig erachten. (Beifall).

St. R. Richter betont abermals, dass die Strassenreinigung alles getan hat, was menschenmöglich war. Berlin hat vier Millionen Einwohner und hat nur 2'9 Millionen Mark für die Schneesauberung ausgegeben, beschäftigt nur 6000 Schneearbeiter und verfügt nur über 300 Schneepflüge. Wien hat nur 1'8 Millionen Einwohner, hat aber schon 5'6 Millionen Schilling für die Schneesauberung ausgegeben und beschäftigte bis zu 13.000 Schneearbeiter, hat also Berlin weit übertroffen. Völlig unrichtig ist, dass irgend ein Insasse des Obdachlosenheimes zur Schneesauberung gezwungen wurde. Gewiss ist der Zustand der Strassen für die fremden Gäste, die zur Wiener Messe kommen, nicht erfreulich. Aber wenn schon vom Fremdenverkehr die Rede ist, dann muss auch darauf verwiesen werden, dass das Gelände um die Rotunde herum in einem schandbaren Zustand ist. Hier handelt es sich aber um Bundesgebiet. Warum hat die Minderheit da ihre Sorge um die Schädigung des Fremdenverkehrs nicht betätigt? (Lebhafter Beifall) Die Gemeinde wird alles aufwenden, um die Strassen in Ordnung zu bringen und wir hoffen in einigen Tagen soweit zu sein, dass es keine Berechtigte Klage gibt. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten).

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. Die Anträge auf Reinigung der Strassen bis zu Beginn der Messe, auf Entziehung des Vertrauens für Stadtrat Richter und auf Bewilligung von 3 Millionen Schilling für die Reinigung der Strassen werden abgelehnt. Es wird nun die Tagesordnung erledigt und

St. R. Kokrda berichtet über den Ankauf des gesamten Grundbesitzes der all-



gemeinen Bodenkreditanstalt in Leopoldau, Aspern und Gersthof durch die Gemeinde Wien. Es handelt sich um einen Komplex im Gesamtausmass von 2,305.512 Quadratmetern <sup>der sich folgendermassen zusammensetzt:</sup> ein Grundkomplex in der Ortsgemeinde Leopoldau in einem Gesamtausmass von 1,193.854 Quadratmetern, ein Grundkomplex nördlich der Nordbahn im Ausmass von 932.939 Quadratmetern, in demselben Gebietsteil fünf Sechstel- und ein Sechstel Anteile im Ausmass von 12.878 Quadratmetern, Parzellen in der Gemeinde Aspern im Ausmass von 158.539 Quadratmetern und ein Komplex in der Gemeinde Gersthof im Ausmass von 7301 Quadratmetern. Der bisherige Grundbesitzer, die Bodenkreditanstalt verkauft diesen Gesamtkomplex der Gemeinde zu dem Einheitspreis von 2,800.000 Schilling, die Gemeinde hat ausser diesem Kaufschilling noch die Wertzuwachsabgabe und die Uebertragungsgebühr zu bezahlen, sodass sie für dieses Kaufgeschäft einen Gesamtbetrag von 3,237.400 Schilling aufzuwenden hat. Teile der Grundstücke in Leopoldau sind mit der Anmerkung belastet, dass sie für die Führung von Geleisen erteignet werden können und zwar handelt es sich hier um ein Uebereinkommen, das vor dem Jahre 1914 zwischen der Bodenkreditanstalt und der Eisenbahnverwaltung getroffen wurde. Nach dem vorliegenden Antrag hat die Austragung dieser Angelegenheit mit den Bundesbahnen innerhalb der nächsten 5 Jahre zu erfolgen und falls innerhalb dieser Frist Teile an die Bundesbahnen abgetreten werden müssen, ist die Bodenkreditanstalt verpflichtet, bis zu einem Ausmass von 114.000 Quadratmetern die Gemeinde mit einem Betrag von 1 Schilling 26 Groschen per Quadratmeter zu entschädigen. Es besteht noch ein zweites Uebereinkommen aus dem Jahre 1913 zwischen der Bodenkreditanstalt und der Gemeinde Wien, wonach die Gemeinde Wien verpflichtet wurde, bestimmte Strassenzüge herzustellen und ausserdem den sogenannten Hauptsammler in Leopoldau zu erbauen, Arbeiten, die durch den Ausbruch des Krieges nicht zur Gänze durchgeführt werden konnten. Durch den nun vorliegenden Kaufvertrag ist die Gemeinde dieser Verpflichtung ledig geworden. Der Kaufpreis bewegt sich ungefähr in den Grenzen der heute geltenden Verkehrswerte. Stadtrat Korka widerspricht sodann der in der Öffentlichkeit aufgestellten Behauptung, dass die Gemeinde durch diesen Grundkauf ein Grundmonopol erwerbe. Leider ist das nicht der Fall wir werden im Gegenteil noch sehr viel dazukaufen müssen, um die an die Gemeinde gestellten Anforderungen nur einigermaßen befriedigen zu können. Und es bleiben daher noch genug baureife Gründe in Wien übrig auf denen die private Bautätigkeit die Möglichkeit haben wird, sich zu betätigen. Wie gering im Verhältnis zu dem sonstigen <sup>des angekauften Grundkomplexes</sup> Realitätenverkehr <sup>des Ausmasses</sup> und die hierfür aufgewendete Summe ist, geht daraus hervor, dass vom 1. Jänner dieses Jahres bis zum heutigen Tage innerhalb der Stadtgrenzen Grund und Häuserkäufe

zu dem Betrage von fast rund 14 Millionen Schilling getätigt worden sind (Hört! Hört! bei der Mehrheit) worunter die Gemeindekäufe nicht inbegriffen sind. St. R. Kokrda ersucht dem Antrag zuzustimmen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen bei der Mehrheit).

GR. Kunschak (E. L.) erhebt den Vorwurf, dass diese Frage ganz salopp behandelt werde. Der Wiener Gemeinderat wird seit einiger Zeit schlimmer behandelt als der Gemeinderat eines ungarischen Dorfs. Man macht ein paar Budgetposter, überschreitet sie nach Herzenslust und legt dem Gemeinderat alle Vierteljahre einen Gesamtbericht vor. Bei den städtischen Wohnhausbauten im Jahre 1928 hat sich eine Ueberschreitung von nicht weniger als 20 Millionen ergeben, die bis heute noch nicht aufgeklärt ist. In dem heute vorliegenden Antrag steht lediglich der Kaufpreis von 2,800.000 Schilling drin. Es wird nichts von den Gebühren und der Wertzuwachsabgabe gesagt, es wird nichts davon gesagt, wie die Bedeckung erfolgen soll, obzwar alles das, in dem Antrag den der Gemeinderat beschliessen soll, enthalten sein müsste. Die Stadträte scheeren sich nicht um die Verfassung und um die Geschäftsordnung, der Gemeinderat ist die canaille, die alles zu bewilligen hat. Denselben Dienst würde ein Marichettentheater leisten. Es ist ein Skandal, wie der Bericht formal ausgestattet ist. Sie brüsten sich in der Öffentlichkeit damit, was für eine grossartige Handlung Sie mit dem „Grundankauf“ unternehmen. Ihr Amtsblatt spricht davon, dass dieser Grundankauf sechsmal grösser sei, als das ganze neue päpstliche Reich und es befriedigt Ihren Ergeiz, dass Sie den Papst abdraht haben. (Lebhafte Heiterkeit der E. L.) Sie haben keinen Anlass zur Ruhmredigkeit, das Geschäft ist für die Gemeinde ohne Ihr Zutun ein gutes. Ihnen fliegen da die gebratenen Tauben ins Maul. Freilich macht man sich Gedanken und fragt sich, ob das eine Liebesheirat zwischen Herr Sieghardt und St. R. Kokrda ist. (Heiterkeit bei der E. L. - St. R. Kokrda: Es ist nur eine Severehe.) Wir können an die Liebesheirat nicht recht glauben, denn man weiss, dass Herr Sieghardt den Sozialisierungsgrundsätzen der sozialdemokratischen Partei nicht grün ist und andererseits sind die Sozialdemokraten, wenn man ihnen glauben darf, dem Bankkapital nicht gut gesinnt. Oder ist es am Ende eine Vernunfteheliche oder eine Severehe? Bei dieser Ehe hat sich St. R. Kokrda vom Sozialismus und Herr Sieghardt vom Kapitalismus dispensieren lassen. (Heiterkeit bei der E. L.) Die Bodenkreditanstalt bringt in diese Ehe den riesigen Grundkomplex mit, es würde uns aber interessieren was die Gemeinde mitbringt. An den plötzlich erwachten Wohltätigkeitssinn der Bodenkreditanstalt glauben wir nicht, es gibt in dieser Ehe also ein Geheimnis über das die Öffentlichkeit nichts erfahren wird. Es ist wahr, dass die Gemeinde mit diesen Grundankäufen noch kein Bodenmonopol erwirbt, aber ein

Teilmonopol erwirbt sie. Das grosse Ideal der wirklichen Bodenreformer ist das Eigenheim. Aber sie wollen das Eigentum nicht ungesucht zu verhindern, wo sie können. Sie haben die Schrebergartenbewegung zum Verfall gebracht, Sie haben die Siedlerbewegung umgebracht, wie sich das in Altmannsdorf und in Hirschstetten gezeigt hat. Die Gründe, die Sie angekauft haben, müssen schliesslich der Verbauung zugeführt werden. Die Bodenreformer und Wohnungshygieniker fordern den Siedlungsbau und da können Sie jetzt nun ein Musterbeispiel schaffen, wie es keine andere europäische Grosstadt imstande ist. Die Wohnungspolitiker verlangen die Vergebung der Baugründe im Erbbaurecht, die Vermeidung von Kasernenbauten, die möglichste Förderung des Flachbaues und in diesem Rahmen die möglichste Förderung des Einfamilienhauses. Diesen Forderungen können Sie nunmehr voll und ganz entsprechen, weshalb ich auch folgenden Antrag stelle: Die von der allgemeinen österreicherischen Bodenkreditanstalt erworbenen Grundflächen werden als Kleinwohnungsgebiet erklärt. Für die Verbauung dieses Gebietes haben nachstehende Bestimmungen zu gelten: Die Bauten dürfen ausser einem bewohnbaren Erdgeschoss (Parterre oder Tiefparterre) nicht mehr als höchstens zwei Stockwerke erhalten, wobei Mezzanin oder Mansarden als Stockwerke zu nehmen sind. Die einzelnen Wohngebäude dürfen höchstens sechs Wohnungen enthalten. Die Verbauung erfolgt in offener Bauweise mit Vorgärten. Die Kuppelung zweier Wohngebäude ist gestattet. Bei der Verbauung dieses Gebietes hat im weitesten Umfange der Grundsatz der Vergebung des Baugrundes an gemeinnützige Baugenossenschaften und Einzelwerber im Erbbaurecht mit neunzigjähriger Laufzeit Anwendung zu finden. Mit der Annahme dieses Antrages schaffen Sie die Möglichkeit, dass Wien das Bild wirklich wohlwollender Wohnungspolitik bieten kann. Wegen der saloppen Art, mit der die Anträge vorgelegt wurden, sind wir nicht in der Lage, für sie zu stimmen. (Beifall bei der E.L.)

GR. Pfeiffer (E.L.) bemängelt, dass die Budgetpost der Grundankäufe immer bedeutend überschritten wird. Mit diesem grossen Grundankauf entsteht der Verdacht, dass die Gemeinde Wien das eben entstehende Gesetz über die Wohnbauförderung des Bundes schon von vornherein sabotieren will, da schliesslich und endlich den Privaten keine Baugründe mehr zur Verfügung stehen werden. Der Redner vergleicht dann die Kosten einer Wohnung in einem Hochbau mit denen einer Siedlungswohnung. Während eine Wohnung in den Heiligenstädterhäusern rund 24.000 Schilling kostet, kostet die Wohnung in einem Gesibahaus 14.800 Schilling. Dieses Verhältnis zeigt, dass die Gemeinde viel zu teuer baut. (Beifall bei der E.L.)

ST. R. Weber erwidert zunächst auf die Ausführungen des St. R. Kunschak. Er legt die Verhältnisse bei der Altmannsdorfer-Hetzendorfer Siedlung und bei

der Siedlung Hirschstetten dar. Die Siedlungsgenossenschaft Altmannsdorf-Hetzendorf hat sämtliche Baugründe von der Gemeinde mit der Zusicherung erhalten, dass sie als Genossenschaft das Erbbaurecht bekommt. Nun sind einige Genossenschaftsmitglieder ihren auf sich genommenen Zahlungen nicht nachgekommen und das ist der Grund, warum das Gericht für die Genossenschaft entschieden hat. Die Siedler in Altmannsdorf-Hetzendorf zahlen einen Zins, der erschwinglich ist und noch lange nicht so hoch ist, wie der, den Siedler an den Bundes wohn- und Siedlungsfond zahlen müssen. Einige Mitglieder haben eben geglaubt, als Eigenbrödler vorgehen zu können. Das Gericht hat ihnen aber nicht zugestimmt und nun können sich die Mieter bei denen bedanken, die ihnen einen so guten Rat gegeben haben. Ähnlich verhält es sich in der Kriegersiedlung Hirschstetten, wo die Genossenschaft erweitert wurde. Bei dieser Siedlung hat Bund und Gemeinde dem Kriegsgeschädigtenfonds das Baurecht gegeben. Einzelne Siedler wollen sich nun von der Genossenschaft loslösen, ohne die Verpflichtungen zu übernehmen, die alle anderen Mitglieder haben. Zu sagen, die Häuser nehmen wir uns, aber die Schulden lassen wir euch, ist wohl sehr bequem, aber unmoralisch (Beifall). Auf Kosten der Allgemeinheit jemanden ein Haus zu geben wäre im höchsten Grad unmoralisch und wer dies unterstützt handelt frivol. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten)

Stadtrat Kunschak stellt fest, dass in Hirschstetten nur Krieger der Genossenschaft angehört, dann wurde die Genossenschaft erweitert und die Krieger sind jetzt in der Minderheit. Sie wollen nicht für die anderen Lasten tragen. Ihre Argumente haben die Kriegersiedler auf ein Gutachten des Gr. Reismann aufgebaut. Die Finanzprokurator hat die Klage gegen diese Genossenschaft bereits zurückgezogen.

Gr. Reismann stellt fest, dass er mit dieser Genossenschaft niemals etwas zu tun hatte und auch keinen Vertrag oder Gutachten abgegeben habe. St. R. Kunschak möge sich die Leute, die ihm etwas erzählen, näher anschauen.

St. R. Kokrda teilt mit, dass die Gebühren bei diesem Grundkauf von der Gemeinde gezahlt werden, aber noch nicht genau feststellbar sind. Die Gemeinde hat im Veranschlag für Grundkäufe fünf Millionen Schilling vorgesehen. Dieser Betrag ist bereits erschöpft und nach der neuen Verfassung wird ein Zuschusskredit angesprochen werden.

Nachdem noch St. R. Kunschak tatsächlich berichtet hat, dass früher immer die Höhe des Zuschusskredites bei jedem Grundkauf angegeben worden ist, wird der Grundkauf beschlossen und der Antrag Kunschak der geschäftsmässigen Behandlung zugewiesen.

Es wird nun die restliche Tagesordnung zurückgestellt und in die Behandlung der Dringlichkeitsanträge eingegangen. Zuerst wird der Dringlichkeitsantrag über die Höchsteigreinigung verhandelt.

Nun gelangt der Dringlichkeitsantrag des G.Helaubek zur Verhandlung. Der Antragsteller begründet die Dringlichkeit. Die Gemeinde hat seinerzeit die Verpflichtung auf sich genommen, für die Gehsteigreinigung aufzukommen. Es ist deshalb dringendst notwendig, die Frage der Gehsteigreinigung endlich zu regeln. (Beifall).

Dem Antrag wird die Dringlichkeit nicht zuerkannt. Das Abstimmungsergebnis löst auf Seite der E.L. grossen Lärm aus. Den Sozialdemokraten wird zugerufen: Die Hausbesorger werden das auch schon heimzahlen! Schöne Arbeitervertreter seid Ihr!

Vorsitzender GR.Hofbauer stellt fest, dass er den Antrag der geschäftsordnungsmässigen Behandlung überweise.

Nun gelangt der Dringlichkeitsantrag des GR.Scholz zur Verhandlung. Der Antragsteller begründet die Dringlichkeit, indem er ausführt, dass in Neufeld gegen 390 Arbeiter abgebaut werden sollen und der Tagbau erseuft werden soll. Mit der Auflassung des Tagbaues werden gegen tausend Menschen dem Elend und der Not preisgegeben.

Dem Antrag wird die Dringlichkeit zuerkannt und GR.Scholz (E.L.) führt in der Begründung des Antrages aus, dass die Gemeinde im Jahre 1925 das Ybbstalwerk zugrunde gerichtet und dabei 420 Arbeiter und 42 Angestellte brotlos gemacht hat. Im Jahre 1927 wurde in Zillingdorf ein freiwilliger Abbau durchgeführt, wobei 240 Leute entlassen wurden. Nun sollen in Neufeld gegen 400 Arbeiter ins Elend gestürzt werden, wodurch nun insgesamt 1200 Arbeiter und Angestellte seit 1925 von der Gemeinde der Arbeitslosigkeit zugeführt würden.

Vizebgm.Emmerling bespricht ausführlich die Lage im Braunkohlenbergwerk Neufeld. Eine vor fast zwei Jahren dort eingetretene Rutschung hat eine in der Nähe befindliche Jutfabrik veranlasst von von Bergwerk derartige Sicherungen zu begehren, die jeden Betrieb unrentabel machen müssen. Wenn die Bergbaubehörde diese Sicherungsbauten anordnet, dann müssen 300 Arbeiter gekündigt werden, die sonst noch ungefähr anderthalb Jahre arbeiten könnten, weil noch für diese Zeit Kohle vorhanden ist. Wie stark die Gemeinde bemüht war, sich von der ausländischen Kohle unabhängig zu machen geht daraus hervor, dass die städtischen Elektrizitätswerke um ihren Bedarf zu decken, im Jahre 1928 rund 63.000 Waggons Auslandskohle beziehen hätten müssen. Durch die Erschliessung der Braunkohlenwerke Zillingdorf und Neufeld und die Wasserkraftwerke ist der ausländische Kohlenbezug auf 22.000 Waggons zurückgegangen. (Lebhafter Beifall)

Es gelangt sodann der Dringlichkeitsantrag Dr. Wagner, Dr. Pfeiffer in Angelegenheit der Abgrenzung des Wirkungskreises der Bundespolizei und der Wiener Gemeindegewache zur Verhandlung. GR

GR. Pfeiffer (E.L.) schildert die Konflikte die sich seit dem Theatergesetz zwischen Gemeindegewache und Bundespolizei bei diversen Veranstaltungen ergeben haben und bezeichnet es als höchst dringlich, dass endlich ein Einvernehmen zwischen Bundespolizei und Gemeindegewache bezüglich Abgrenzung ihres Wirkungskreises gepflogen werde. (Beifall bei der E.L.)

Bürgermeister Seitz bemerkt hiezu, dass dem Antrage des Berichterstatters eigentlich schon entsprochen worden sei. Bereits am 24. Dezember, also vor dem Inkrafttreten des Theatergesetzes hat die Polizei eine Verständigung erhalten, in welchen Formen sich die Ueberwachung von Veranstaltungen vollziehen wird. Aber erst gegen Ende Jänner hat sie plötzlich befunden, daran mitzuwirken. Sodann wurde vom Magistrat eine Besprechung über die Frage angeregt, eine Anregung, die aber dahin beantwortet wurde, dass man erst das Bundeskanzleramt verständigen müsse. Seit dieser Zeit ist trotz Urgenz weder von der Polizei noch vom Bundeskanzleramt eine Antwort auf die Einladung zu diesen Besprechungen erfolgt.

Die Dringlichkeit des Antrages wird sodann abgelehnt.

Schluss der Sitzung 23 Uhr.

.....